

Bei Kälte, Regen und Wind ist die Stimmung erhitzt an diesem Mittwochmorgen auf dem Willy-Brandt-Platz in Essen. Tausende Ärztinnen und Ärzte, Zahnärzte und Praxispersonal stehen dicht an dicht und blasen in ihre Trillerpfeifen. Sie skandieren „Ulla weg!“ Auf Transparenten steht, warum die Entrüstung über Bundesgesundheitsministerin Schmidt so groß ist: „Ärztliche Ethik statt Mangelverwaltung“ fordern die Demonstranten, „Mehr Geld für die Patienten!“ und „Pflichtfortbildungen, Qualitätskontrollen, persönliche Haftung für Politiker bei folgenschweren Fehlentscheidungen“. – „Wir fordern Therapiefreiheit im Rahmen wissenschaftlicher Erkenntnisse und ärztlicher Kunst“, sagt Angelika Haus, Vorsitzende des Hartmannbund-Landesverbandes Nordrhein (HB) und Fachärztin für Nervenheilkunde in Köln. Der HB hatte alle Ärztinnen und Ärzte in Praxis und Klinik aufgerufen zur landesweiten Protestkundgebung der Ärzte, der dritten großen Ärztedemonstration allein in Nordrhein innerhalb von vier Monaten.

Haus: Patientenversorgung gefährdet

Die Patientenversorgung sieht Haus „extrem gefährdet“. Noch sei die hausärztliche und fachärztliche Versorgung in Deutschland im internationalen Vergleich sehr gut, aber: „In zahlreichen Arztpraxen deckt der Umsatz kaum noch die Kosten. Ohne niedergelassene Ärzte und ihre Praxisteams und ohne Ärzte in den Krankenhäusern wird es eine Versorgung auf dem bisherigen Niveau nicht geben. Die Rationierung findet schon statt.“

Die HB-Vorsitzende kündigt weiteren Widerstand an gegen „Programm-Medizin“ und „rein ökonomische Auflagen“. „Wir lassen uns nicht als maßlose und unkontrollierte Verordner beschimpfen“, ruft sie, „und wir werden den ethisch und gesellschaftlich verwerflichen Korruptionsversuch der Bundesgesundheitsministerin abwehren, mit

„Lasst mich wieder Arzt sein“

Rund 3.000 Ärztinnen und Ärzte, Zahnärzte und Praxispersonal demonstrierten bei der landesweiten Kundgebung am 8. Februar in Essen gegen die Gesundheitspolitik.

von Horst Schumacher

„Wir Ärztinnen und Ärzte, unsere Helferinnen, die anderen Leistungsträger im Gesundheitswesen erwarten endlich mehr Anerkennung für den überzeugten Einsatz, den wir für unsere Patienten leisten“, sagt Dr. Arnold Schüller, hausärztlicher Internist in Düsseldorf und Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, „zu lange haben wir eine Politik der systematischen Demotivation zu Lasten von Patienten und Ärzten erleben müssen. Jetzt ist das Maß voll!“

Schüller kritisiert die Reglementierung und Überbürokratisierung des Arztberufes, die immer schlimmere Formen annehme. Dadurch fehle dem Arzt „Zeit für den individuell erkrankten Menschen“, für die eigentlichen ärztlichen Aufgaben wie zum Beispiel Anamnese und körperliche Untersuchung. „Arztsein bedeutet mehr, als ein medizinisches Staatsexamen abzulegen, nämlich persönliche Hingabe“, davon ist Schüller überzeugt. Doch 40 Prozent der Ärztinnen und Ärzte würden sich heute nicht erneut für den Arztberuf entscheiden, weil ihr persönlicher Einsatz „mit Füßen getreten wird“. Die Folge: „Der Ärztemangel tritt immer deutlicher zutage.“

Grauduszus fordert Schmidts Entlassung

„Die Abwicklung des Gesundheitssystems durch Strategen, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben“

prangert Martin Grauduszus an, Allgemeinarzt aus Erkrath-Hochdahl und Präsident des Verbandes Freie Ärzteschaft. Er empört sich gegen Schuldzuweisungen an die Ärztinnen und Ärzte wegen angeblich nicht sachgerechter Verordnung und warnt davor, den Zugang zu antibiotischer Therapie zu erschweren: „Das wird Tote geben!“

einem Bonus-Malus-System der Arzneimittelverordnung das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient zu zerstören.“ Donnernder Beifall, das Konzert der Trillerpfeifen begleitet die Sprechchöre: „Ulla weg!“

Schüller: „Persönlicher Einsatz wird mit Füßen getreten“



Unter den 3.000 Demonstranten herrscht Entrüstung über Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Sie fordern in Sprechchören: „Ulla raus!“

Fotos: uma

Die ärztliche Versorgung leide unter der „Krake“ Bürokratie, die sprechende Medizin bleibe auf der Strecke. Grauduszus ist davon überzeugt, dass die wohnortnahe Versorgung durch Hausärzte und Fachärzte auf dem Spiel steht. Rund einem Drittel der niedergelassenen Ärzte verbleibe ein Nettoeinkommen von 1.500 bis 2.000 Euro, wovon auch noch Investitionen zu bestreiten seien. Grauduszus erklärt, dass er das Vertrauen in die Bundesgesundheitsministerin, ihr Ministerium und die Krankenkassen vollständig verloren hat. Er wiederholt seine bei der Demonstration am 18. Januar in Berlin erhobene Forderung nach der Entlassung von Ulla Schmidt und ihrer führenden Mitarbeiter.



Angelika Haus, Vorsitzende des Hartmannbund-Landesverbandes Nordrhein, kündigt weiteren Widerstand gegen Programm-Medizin und rein ökonomische Auflagen an.



Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, kritisiert Reglementierung und Überbürokratisierung des Arztberufes.

Kolleginnen und Kollegen zu: „Ihre Belange und Forderungen sind auch unsere! Wir sitzen alle in demselben Boot.“ Die Ärzteschaft dürfe sich nicht zum Spielball von Politik und Krankenkassen degradieren lassen. Auch die Klinikärzte sehen sich laut Schröter einem „paranoiden Kontroll- und Überwachungssystem“ gegenüber, das eine „ungeheure Ressourcenverschwendung“ bewirke.

„Menschen und Krankheiten lassen sich nicht in Formeln pressen“, sagt Dr. Fridun Nazaradeh, Assistenzarzt am Marienhospital in Essen. Die Krankenhäuser stünden nach Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen unter „massivem Druck“. Zusammenlegungen und Schließungen seien zu erwarten. Patienten würden zu früh entlassen. Die Einkommen der jungen Ärztinnen und Ärzte hält er – gemessen an Qualifikation und Verantwortung – für zu gering. Nazaradeh hat einen Stundenlohn von 16 Euro brutto ausgerechnet. Er spielt inzwischen, wie tausende andere junge Kolleginnen und Kollegen, mit dem Gedanken, bei geregelten Arbeitszeiten für wesentlich mehr Geld im Ausland zu arbeiten.

Während Nazaradeh spricht, geht Eisregen nieder. Das Wetter im Frühjahr dürfte sich besser für Demonstrationen eignen.

Stagge: Standortvorteil niedergelassener Arzt

„Niedergelassene Ärzte sind kein Rationalisierungspotential, sondern ein Standortvorteil“, sagt Fritz Stagge, niedergelassener Chirurg aus Essen und stellvertretender Vorsitzender des NAV-Virchow-Bundes, Landesverband Nordrhein. Nicht Arzthelferinnen und Krankenschwestern hält er für überflüssig im System, sondern die „überbordende Zahl“ der Kassenmitarbeiter. Stagge: „Ich bin es leid. Ich bin nicht Kostendämpfer, sondern Arzt. Ich bin nicht Abrechnungsbetrüger, sondern Arzt. Ich bin nicht bestechlich, sondern Arzt. Ich will nicht mehr die schlechten Botschaften einer unausgegorenen und verlogenen Politik überbringen.“ Den „neuesten Schrei“ nennt Stagge die aktuellen Heilmittelrichtgrößen: „Wie sollen wir damit noch die Patienten versorgen? Sind wir dann schuld am Niedergang der Physiotherapie, an einer schlechteren Versorgung der Patienten, die dies benötigen?“ Seine Botschaft an die Politik: „Schafft den bürokratischen Ballast ab, lasst mich wieder Arzt sein!“

Uneingeschränkte Solidarität der Klinikärzte

Die immer knapper werdende Zeit für das persönliche Gespräch zwischen Praxispersonal und Patienten beklagt Luisa Drehsen, die Vorsitzende des Berufsverbandes der Arzt-, Zahnarzt und Tierarzthelferinnen. Angesichts der knappen Mittel müsse eine einzelne Kollegin häufig die Arbeit für mehrere tun. „Wir arbeiten am und für den Menschen“, sagt Drehsen. Doch der bürokratische Aufwand in den Praxen steige, „und der Patient hat nichts davon“.

Die „uneingeschränkte, vorbehaltlose und aktive Unterstützung“ der Krankenhausärzte sagt Dr. Stefan Schröter, Oberarzt an der Essener Hautklinik, seinen

Essener Resolution



Bei der landesweiten Protestkundgebung in Essen interessierten sich auch die Medien für die „Essener Resolution“. Unser Foto zeigt Dr. Ludger Wollring, den stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisstelle Essen der Ärztekammer Nordrhein, beim Fernsehinterview. Die „Essener Resolution“ wurde gefasst am 1. Februar von über 500 Ärztinnen und Ärzten im Auditorium Maximum der Universitätsklinik Essen. Anlass war eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisstelle Essen der Ärztekammer Nordrhein – der größten Veranstaltung dieser Art, an die sich die Initiatoren erinnern können. Wer auf den Treppenstufen des Hörsaales keinen Platz mehr fand, konnte die Übertragung im Foyer verfolgen. Zentrales Thema der Versammlung war die Gefährdung der ärztlichen Freiberuflichkeit, ihr Verlauf war geprägt von Kollegialität und Solidarität. Der Wortlaut der Resolution steht im Internet unter www.essener-resolution.de.
Foto: uma